

Prüfen wir diese beiden Argumente, und lassen wir vor allem Tatsachen sprechen. Die gefährliche neonazistische Entwicklung in Westdeutschland findet natürlich nicht nur im Anwachsen der neonazistischen NP ihren Ausdruck, sondern vor allem in der Militarisierung und Renazifizierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens. Sie zeigt sich insbesondere auch in der chauvinistischen Manipulierung der Menschen durch die CDU/CSU, an der sich die sozialdemokratischen Minister aktiv beteiligen. Aber die Entwicklung der NP ist auch ein zu beachtendes Barometer. Seit der Bildung der Regierung der „Großen Koalition“ ist der Einfluß der neonazistischen NP nicht zurückgegangen, sondern in erschreckendem Maße gewachsen. Seit Ende 1966 konnte die neonazistische NP 33 Landtagsmandate hinzugewinnen (die Sozialdemokratische Partei verlor zur gleichen Zeit 30 Mandate), sie konnte 1,7 Millionen Wählerstimmen und insgesamt 61 Sitze in sieben von zehn westdeutschen Landtagen erreichen. Die Kommunalwahlen dieses Jahres bestätigen genau diese verhängnisvolle Entwicklung, obwohl Bonn vor allem dem Ausland das Gegenteil weismachen will. Die offen neonazistische NP konnte in hunderte Kommunalparlamente einziehen und damit neue Ausgangspositionen für die Bundestagswahlen 1969 erobern. Mit der Preisgabe jeder eigenständigen Politik haben die sozialdemokratischen Minister also die neonazistische Entwicklung nicht gebremst, sondern nachgerade gefördert.

Und was sind die „Leistungen“ des sozialdemokratischen Wirtschaftsministers Schiller? Hier die Tatsachen: Der Reallohn aller westdeutschen Werktätigen sank im Jahre

1967 um zwei Prozent. Die Gewerkschaften beziffern die Einkommensverluste durch Kurzarbeit, Entlassungen und den Abbau sozialer Leistungen für das Jahr 1967 — das erste Jahr der „Großen Koalition“ — auf acht Milliarden DM. Die Profitraten der Unternehmer dagegen bewegten sich zwischen + 10 und + 30 Prozent. Und im ersten Halbjahr 1968 setzte sich diese Einkommensentwicklung genauso fort. Das Nettoeinkommen aus „unselbständiger Arbeit“ erhöhte sich um ganze 2,8 Prozent (die Preissteigerungen, die diese Erhöhung des Nettoeinkommens der Werktätigen fast wertlos machen, nicht berechnet). Das Einkommen aus „Unternehmertätigkeit und Vermögen“ aber erhöhte sich um 29 Prozent. Schiller hat also ganz und gar nach dem Motto gehandelt, das er am 14. September 1967 in Frankfurt/Main als den Leitgedanken seiner Politik verkündet hat: „Ich

Im Gleichschritt mit den westdeutschen Imperialisten

Manchmal taucht die Frage auf, wieso gerade die westdeutschen SP-Minister eine so besonders schäbige konterrevolutionäre Rolle spielen. Man könnte darauf mit dem Sprichwort antworten: Wie der Herr, so's Gescherr! Die rechten SP-Führer Westdeutschlands fungieren als soziale Stütze, als aktive Erfüllungshelfen des besonders aggressiven westdeutschen Imperialismus, der die Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges, die Veränderung des Status quo in Europa zugunsten des Imperialismus und in erster Linie die Wiederausdehnung der Monopolherrschaft auf die DDR anstrebt. Dieses imperialistische Pro-

gramm ist ohne Abstriche auch das Programm der SP-Minister.

will und muß der Anwalt der Wirtschaft sein. Das ist mein Job.“ Die Wirtschaftspolitik von Schiller und Strauß hat den Konzernen auf Kosten der werktätigen Bevölkerung schneller wieder Höchstprofite verschafft. Sie hat zu einer Verschärfung und Ausbeutung in den westdeutschen Betrieben geführt und durch ständigen Druck auf die Gewerkschaften die Positionen der westdeutschen Arbeiterklasse verschlechtert.

Die SP-Minister haben nicht „das Schlimmste verhütet“; durch ihre Gemeinsamkeitspolitik mit der CDU/CSU ermöglichen sie die Stabilisierung der Monopolherrschaft zu Lasten der Werktätigen und die Fortsetzung der aggressiven Außen- und der reaktionären Innenpolitik Bonns. Wenn sich die SP-Minister bei jemandem sehen lassen können, dann bei den Herren der westdeutschen Hochfinanz!

Seit 1945, besonders mit dem Entstehen und der Festigung der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik, ist die Führung der westdeutschen Sozialdemokratie wie keine andere sozialdemokratische Partei in Europa mit der Grundfrage unserer Zeit „Imperialismus oder Sozialismus?“ konfrontiert. Vor diese Kernfrage gestellt, haben die rechten sozialdemokratischen Führer Westdeutschlands von Anbeginn an und unzweideutig die revanchistischen und nationalistischen Positionen des westdeutschen Imperialismus gegen den Sozialismus bezogen.